



Stark steigende Pachtpreise

In den vergangenen Monaten sind die Preise für größere Landflächen (über 20 Hektar) stark gestiegen. Vor allem für Flächen die zehn Jahre und länger verpachtet werden, kann man stellenweise über 100.000 Forint/ha und Jahr (325 Euro) erhalten, da spielt die Qualität des Bodens keine sehr große Rolle mehr.

Vor zwei Jahren war noch 70 000 Forint (230 Eur) die Norm, jetzt sind es rund 80 000 Forint (260 Euro), Der Preis orientiert sich weiterhin an den EU Förderungen von 220 Euro/Hektar. Im nördlichen Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén soll ein 200 Hektar großes Feld um 126.000 Forint/Hektar verpachtet worden sein. Der Grund für diese Steigerungen ist zum Teil die gute Ernte des Vorjahres und auch die Tatsache, dass die meisten größeren Betriebe inzwischen über eine ordentliche Mechanisierung verfügen, sodass sie mehr Fläche bearbeiten können.

Die Pachtverträge werden nicht mehr wie früher über x Kilogramm Weizen zum Börsenpreis August oder September geschlossen sondern zu fixen Beträgen, oft in Euro. Es empfiehlt sich die Pacht zu diesen Preisen längerfristig abzuschließen, da eine weitere Steigerung nicht zu erwarten ist und auch das heutige EU Prämiensystem in drei Jahren vermutlich stark reduziert wird. Bei so hohen Pachtpreisen können außerdem nur sehr gute Böden einen echten Gewinn abwerfen..

Die Arbeitskräfte werden knapp

Im Baugewerbe und in der Landwirtschaft sind die Arbeitskräfte knapp geworden. Knapp 400.000 Ungarn dürften inzwischen in Großbritannien und Irland arbeiten, 70 000 in Österreich und etwa 150 000 in Deutschland. Die starke Erhöhung der Bautätigkeit und das Anziehen der Konjunktur haben zu einer solchen Knappheit geführt, dass viele Projekte einfach nicht begonnen werden können. In den vergangenen 25 Jahren ist in der Landwirtschaft die Rechnung Neuinvestition gegen menschliche Arbeitskraft immer zugunsten der billigen Arbeitskräfte ausgegangen. Jetzt müssen immer mehr Betriebe ukrainische Arbeiter „importieren“, da auch die Ungarn aus den umliegenden Ländern lieber nach Deutschland oder Österreich gehen.

Dieser Prozess wird vor allem in der Landwirtschaft zu einer weiteren (überfälligen) Mechanisierung und Rationalisierung führen, die Kosten der Arbeitskraft haben sich allein in den vergangenen zwei Jahren um 25 Prozent erhöht. Eine Reserve bilden noch die 160 000 „közmunkások“, die vor allem in den ärmeren Landesteilen zur Verschönerung des Ortsbildes eingesetzt sind. Von einem Import asiatischer Arbeitskräfte, wie es die Bauwirtschaft inzwischen öffentlich fordert, will die Politik nichts wissen.



Brunnenbohren leicht gemacht

Das Parlament hat auf Antrag der Regierung beschlossen, dass in Ungarn Brunnen bis in die Tiefe von 80 Metern ohne Genehmigung gebohrt werden dürfen. Landwirtschaftliche Wasserverbraucher können an Stelle von 50.000 Kubikmeter im Jahr nun 400 000 Kubikmeter gratis entnehmen, bei den Fischereibetrieben und dem Reisanbau steigt diese Menge von derzeit 150 000 Kubikmeter auf 300 000 Kubikmeter. Die von der EU teilfinanzierten Bewässerungsprojekte sind im Gegensatz zu den Stallbauten nicht „ausgebucht“.

Rumänien

Immer mehr ungarische Unternehmen weichen nach Rumänien aus. Nachdem es in Rumänien keinerlei Limits für den Landkauf gibt und die Förderungen für Projekte auch großzügiger sind als in Ungarn, sind einige Dutzend Agrarunternehmer in grenznahe Gebiete ausgewichen. Momentan ist es möglich in Rumänien 90 Prozent für einen Stallbau zu erhalten, wenn der Unternehmer ein Jungbauer ist und wenn das Projekt in einem der ärmeren Landesteile liegt (letzteres ist nach Miniregionen aufgeschlüsselt).

Was kommt nach 2020?

Im Jahr 2020 läuft der jetzige Zyklus der landwirtschaftlichen Subventionen aus. Die derzeitigen Konstellation verheißt wenig Gutes für die Zeit danach. In Frankreich regiert ein Neoliberaler, die Briten ziehen sich als Nettozahler zurück, Angela Merkel hat bekanntlich erweise kaum eigene Standpunkte, aber wenn das Landwirtschaftsministerium an die Grünen geht wird es ungemütlich. Das heißt auf EU-Ebene ab 2021 mehr Bio, weniger Massentierhaltung, weniger Pflanzenschutzmittel. Das heißt aber auch mehr Maschineneinsatz und vor allem höhere Kosten. Die Kostenschere wird vermutlich durch viel mehr Import von Lebensmitteln geschlossen, da die deutsche Industrie ohnehin lieber großzügige Handelsabkommen auf Kosten der Landwirtschaft schließen würde. Was eine Rücknahme der EU-Unterstützungen um 30-40% bedeuten würde, darüber gibt es keine offiziellen Modellrechnungen. Man muss aber auch die Landmaschinenindustrie mit in Betracht ziehen. Ein schlechter Ausweg, zumindest für uns, wäre die Renationalisierung der Unterstützungen, das heißt Brüssel prämiiert vor allem den netten kleinen Biobetrieb,